

### III Die Weltwirtschaftsgipfel

#### 1 Auf dem Weg nach Rambouillet Die Entstehung der Weltwirtschaftsgipfel

»Consultations at the highest political level could, if properly prepared, indeed help to forestall new differences of opinion at a time when negotiations about economic, monetary and security matters are impending. There are many indications that particularly in the years to come frank communication between the leading statesmen of the Western world, which is not garbled by bureaucratic intervention, would be of vital importance.«<sup>1</sup>

**S**o lautete die Quintessenz eines Vortrages, den Bundesfinanzminister Helmut Schmidt unter dem Titel »The Atlantic Alliance and the Challenge of the Future« am 11. Januar 1973 vor dem Auditorium des Newberry College in South Carolina gehalten und mit dem er erneut die Notwendigkeit zur internationalen Zusammenarbeit bekräftigt hatte. Die Weltwirtschaftskrise doppelten Ausmaßes<sup>2</sup>, welche die internationalen Beziehungen zu Beginn der 1970er-Jahre durcheinanderwirbelte, hatte nicht nur in seinen Augen offensichtlich werden lassen, dass die Zeit der nationalen Autonomie ihr Ende gefunden hatte und damit auch die bisherigen Formen der Wirtschaftsdiplomatie nicht mehr ausreichten. Die nahezu zeitgleich verlaufenden Krisen des Zusammenbruchs fester Wechselkurse, für die das Weltwährungssystem von Bretton Woods beinahe dreißig Jahre ein sicherer Garant gewesen war, und die mit der Ölpreiskrise sichtbar gewordene tiefe Strukturkrise stellten die politisch Verantwortlichen vor Herausforderungen, die in den Augen vieler im Rahmen der bisherigen multilateralen Institutionen und Foren nicht mehr oder nur noch unzureichend zu lösen waren.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> »The Atlantic Alliance and the Challenge of the Future«. Rede von Bundesminister Helmut Schmidt vor dem Newsberry College vom 11. Januar 1973 anlässlich der Überreichung einer Ehrendoktorwürde, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6066.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem chinesischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-ping in Peking am 29. Oktober 1975, bei dem Schmidt ausgeführt hatte, dass es sich um eine »gleichzeitig stattfindende doppelte Krise« handle, die einen wirtschaftlichen Abschwung ausgelöst habe, der »im Gegensatz zu früher [...] überall gleichzeitig in den Wirtschaftszentren der Welt zu spüren [sei]. Dies habe weltweite wirtschaftspsychologische Folgen. Es werde wohl niemals mehr einen nationalen, sondern immer einen globalen Zyklus geben« [AAPD 1975, Dok. 322, S. 1486-1494, hier: S. 1490].

<sup>3</sup> Vgl. zu den Krisen oben die Unterkapitel I 2 »Langer Todeskampf. Der Zusammenbruch von Bretton Woods« (S. 38 ff.) und I 3 »Achillesferse des Westens. Die Ölpreiskrise und ihre ökonomischen Auswirkungen« (S. 57 ff.).

Den unter dem Dach der OECD stattfindenden Wirtschaftskonsultationen<sup>4</sup> fehlte es angesichts der großen Zahl an Teilnehmern und deren Mangel an politischer Autorität ebenso an Durchsetzungsvermögen wie den Institutionen, die sich im Rahmen des IWF<sup>5</sup> etabliert hatten. Kurzum: Weder die Ausschüsse der OECD noch die des IWF erwiesen sich als geeignet, um auf die ökonomischen Verwerfungen der Zeit die politischen Antworten zu geben, die zu ihrer Bewältigung erforderlich waren. Immer deutlicher kristallisierte sich in den wichtigsten Industriestaaten heraus, dass es nicht mehr ausreichte, wenn hohe Beamte oder Staatssekretäre in den vielfältigsten Gremien über die Fragen der Weltwirtschaft debattierten, besaßen doch »allein die höchsten politisch Verantwortlichen [...] die Autorität, den ganzen Fächer der anstehenden Probleme in Betracht zu ziehen und in Einzelressorts einzugreifen, um die wesentlichen Verknüpfungen in den Griff zu bekommen«<sup>6</sup>.

So verwundert es wenig, dass die Idee zu einem Wirtschaftstreffen auf höchster Ebene bereits seit geraumer Zeit kursierte, auch wenn deren Umsetzung noch einige Jahre auf sich warten lassen sollte. Schon zu Beginn der 1970er-Jahre, konkret im Jahre 1971, hatte es von amerikanischer Seite Überlegungen zur Einberufung eines Gipfel-

<sup>4</sup> Im Rahmen der OECD trafen sich regelmäßig die Wirtschafts- und Finanzminister der Mitgliedstaaten zur gegenseitigen Überwachung der Steuer- und Währungspolitiken. Im Mittelpunkt standen dabei die Konsultationen über Zahlungsbilanzanpassungen der Mitgliedstaaten [vgl. Menil/Solomon, Weltwirtschaftsgipfel, S. 18].

<sup>5</sup> Beim IWF gab es im Wesentlichen zwei Foren, die sich mit makro-ökonomischen Fragen auseinandersetzten. In den 1960er-Jahren hatte sich der so genannte Zehnerclub (oder auch Zehner-Gruppe) der wichtigsten Industrieländer etabliert, bestehend aus den Finanzministern Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas, der Niederlande, Schwedens und der USA sowie – als Beobachter – dem Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank. Seinen Höhepunkt erlebte dieses Gremium, als es im Dezember 1971 maßgeblich an der Ausarbeitung des »Smithonian Agreements« beteiligt war. Danach verlor es an Einfluss, weil die Amerikaner mit dem Übergewicht der Europäer hierin unzufrieden waren. Neben dem Zehnerclub bestand seit 1972 der auf Initiative der USA gegründete Zwanziger-Ausschuss, später Interimsausschuss im IWF, dem neben den Mitgliedern des Zehnerclubs auch die Finanzminister folgender zehn Schwellen- bzw. Entwicklungsländer angehörten: Argentinien, Australien, Brasilien, Indien, Indonesien, Irak, Marokko, Nigeria, Venezuela und Zaire. In ihm sollten die Probleme der internationalen Währungsdiplomatie besprochen werden. In der Realität wurden diese Fragen aber im Rahmen informeller Treffen der Finanzminister, der »Library Group«, diskutiert [vgl. hierzu: Menil/Solomon, Weltwirtschaftsgipfel, S. 18 f.; Hellmann, Weltwirtschaftsgipfel wozu?, S. 13 (Anm. 1 und 2)].

<sup>6</sup> Menil/Solomon, Weltwirtschaftsgipfel, S. 20. Dies bedeutete freilich nicht, dass eine kleine Auswahl von Spitzenbeamten in die Vorbereitungen der Gipfeltreffen einbezogen werden sollte. Diese zentralisierten sich aber meist in den entsprechenden politischen Schaltstellen, in der Bundesrepublik also im Bundeskanzleramt, in den USA im Weißen Haus, in Frankreich im Elysée-Palast. Beamte der Ministerien wurden dagegen zunächst gar nicht oder häufig erst sehr spät eingeschaltet. Die jeweiligen Außenministerien wurden zwar in die Vorbereitungen der Gipfeltreffen eingebunden, erlangten aber nie die dominierende Stellung [vgl. Putnam, The Western Economic Summits, S. 64; ferner zur Bedeutung des Auswärtigen Amts im Gipfelprozess und zum Verhältnis Schmidt–Genscher in diesem Spannungsfeld unten, S. 152 f.].

treffens der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen zur Überwindung der Weltwährungskrise gegeben.<sup>7</sup> Auch der französische Staatspräsident Georges Pompidou hatte im Dezember 1972 in einem Interview eine atlantische Gipfelkonferenz angeregt, von der Impulse für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und ihre Ziele ausgehen sollten.<sup>8</sup> Und nicht nur von staatlicher Seite hatte es Anregungen zu einem solchen Spitzentreffen gegeben. So hatten die Initiatoren der 1973 gegründeten Trilateralen Kommission<sup>9</sup> öffentlich den amerikanischen Präsidenten dazu ermutigt, »ein Treffen der Regierungschefs Japans, der Länder der Europäischen Kommission und der Vereinigten Staaten zur Erörterung gemeinsamer wirtschaftlicher Sorgen« vorzuschlagen.<sup>10</sup> Auch Helmut Schmidt hatte im Februar 1973 ein Schreiben von Max Kohnstamm erhalten, in dem dieser ihm die Vorstellungen der Trilateralen Kommission erläutert und ihn um Unterstützung gebeten hatte.<sup>11</sup>

## 1.1 Erste konkrete Schritte

Erste konkrete Schritte zu einem Treffen der wichtigsten Industrienationen erfolgten allerdings erst nach einem grundlegenden Wechsel des politischen Spitzenpersonals in diesen Ländern. In den USA zwang die Watergate-Affäre den amtierenden Präsidenten Nixon zum Rücktritt.<sup>12</sup> In Frankreich verstarb der von schwerer Krankheit ge-

<sup>7</sup> Vgl. Kissinger, *Memoiren 1968–1973*, S. 1016 f.

<sup>8</sup> Vgl. »The Atlantic Alliance and the Challenge of the Future«, in: AdsD, *Depositum Helmut Schmidt*, Mappe 6066.

<sup>9</sup> Die Trilaterale Kommission wurde 1973 auf Betreiben von David Rockefeller als private Gesellschaft gegründet, um die Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsregionen USA, Europa und Japan zu verbessern [vgl. hierzu die Studie von Stephen Gill, *Trilateral Commission*]. Ihr gehörten hochrangige Vertreter aus diesen drei Regionen (Triade) an. Bezeichnenderweise waren auf amerikanischer Seite mit Zbigniew Brzezinski und Henry Owen zwei enge Mitarbeiter des zukünftigen Präsidenten Jimmy Carter an der Initiative zur Einberufung eines Regierungstreffens auf höchster Ebene beteiligt [vgl. dazu: Garavoglia, *From Rambouillet to Williamsburg*, S. 5 f.; ferner auch: Putnam/Bayne, *Weltwirtschaftsgipfel im Wandel*, S. 20].

<sup>10</sup> So schrieb Henry Owen in einem Artikel für *Atlantic Monthly* zu Beginn des Jahres 1973 [Ders., *Summitry Revisited*, S. 6 f.; hier in deutscher Übersetzung zitiert nach: Putnam/Bayne, *Weltwirtschaftsgipfel im Wandel*, S. 20; ferner auch: Brzezinski, *U.S. Foreign Policy*].

<sup>11</sup> Vgl. Schreiben von Max Kohnstamm, Institut de la Communauté Européenne pour les études universitaires, vom 1. Februar 1973 betr. »Nützlichkeit und Möglichkeit der Errichtung eines Aktionskomitees«, in: AdsD, *Depositum Helmut Schmidt*, Mappe 6110.

<sup>12</sup> Vgl. zur Watergate-Affäre und dem damit einhergehenden Rücktritt Nixons nach wie vor das Standardwerk: Kutler, *The Wars of Watergate*; ferner die Aufsatzsammlung von Harry P. Jeffrey [Ders., *Watergate and the resignation of Richard Nixon*], hier insbesondere den einführenden Aufsatz von Harry P. Jeffrey [Ders./Maxwell-Long, *The Life, Presidency and Resignation of Richard Nixon*, vor allem S. 12–16] sowie im Hinblick auf die Auswirkungen der Ford-Präsidentschaft den komprimierten, gleichwohl gelungenen Aufsatz von Thomas S. Langston [Ders., *The Nixon Resignation and the Ford Presidency*]; ferner zur Aufdeckung der Affäre der Bericht der »Enthüller« Bob Woodward und Carl Bernstein: Dies., *The Final Days*, ferner über ihren

zeichnete Staatspräsident Georges Pompidou.<sup>13</sup> In Großbritannien trugen die ökonomischen Schwierigkeiten des Landes erheblich zur Abwahl der Regierung Edward Heath bei<sup>14</sup>, und in Japan musste Premierminister Tanaka Kakuei nach einem politischen Skandal sein Amt niederlegen.<sup>15</sup> Aber auch die Bundesrepublik wurde von politischer Instabilität nicht verschont. Am 6. Mai 1974 nahm Willy Brandt die Affäre Guillaume zum Anlass, sein Amt niederzulegen.<sup>16</sup> Binnen weniger Monate hatte sich somit das Tableau der politischen Führungskräfte grundlegend verändert. Ausgerechnet in einem Moment, in dem sich die internationale Politik mit großen ökonomischen Herausforderungen konfrontiert sah, übernahmen Personen ihre Ämter, die anders als ihre Vorgänger neue Wege in der internationalen Zusammenarbeit beschreiten wollten. In Frankreich wurde nach dem Tod Pompidous der langjährige Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing in das Amt des Staatspräsidenten gewählt, in der Bundesrepublik trat Helmut Schmidt die Nachfolge Brandts als Bundeskanzler an. Damit rückten die »beiden Schlüsselfiguren der Library Group«<sup>17</sup> in die Spitzenpositionen ihrer Länder, ein Umstand, der die Entstehung der Weltwirtschaftsgipfel vorantreiben

---

wichtigsten Informanten: Woodward, *Deep Throat*. Eine gelungene kurze deutschsprachige Zusammenfassung liefern Jürgen Heideking, *Geschichte der USA*, S. 426-431, und Manfred Berg, *Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Watergate-Krise*, S. 165-168. Zur eigenen Einschätzung Nixons: Ders., *Memoiren*, S. 700-724. Zur zeitgenössischen bundesrepublikanischen Rezeption vgl. den Aufsatz von Peter Lösche, *Watergate*; ferner zum Übergang von Nixon zu Ford: Wagner, *Präsidentenwechsel in Washington*.

- <sup>13</sup> Der Tod Georges Pompidous am 2. April 1974 kam für viele überraschend. Erstaunlich gut war es Pompidou gelungen, seine schwere Krebserkrankung zu verbergen [vgl. hierzu die sehr persönlichen Aufzeichnungen seines Nachfolgers: Giscard d'Estaing, *Macht und Leben*, S. 13-19; zur wissenschaftlichen Sichtweise vgl. die entsprechenden Passagen in der nach wie vor einschlägigen Biografie von Roussel, *Georges Pompidou*; sowie dies kurz zusammenfassend: Hinrichs, *Kleine Geschichte Frankreichs*, S. 454; Hartmann, *Geschichte Frankreichs*, S. 111; Loth, *Geschichte Frankreichs*, S. 230.
- <sup>14</sup> Vgl. hierzu Childs, *Britain since 1945*, S. 175 ff.; ferner: Maurer, *Geschichte Englands*, S. 462-465.
- <sup>15</sup> Tanaka musste am 9. Dezember 1974 vom Amt des japanischen Premierministers zurücktreten, weil bekannt geworden war, dass er in den 1960er-Jahren in undurchsichtige Immobiliengeschäfte verwickelt war. Vgl. hierzu Johnson, *Tanaka Kakuei, Structural Corruption*; ferner: Inoue, *Geschichte Japans*, sowie in ganz komprimierter Form: Zöllner, *Geschichte Japans*.
- <sup>16</sup> Die Gründe für Brandts Rücktritt beschäftigen bis heute die deutsche Zeitgeschichtsschreibung, kommt hier doch, wie Edgar Wolfrum treffend formuliert hat, »alles zusammen, was ein aufregendes Drama auszeichnet: Ein edler Held mit menschlichen Schwächen, Liebesaffären, Verrat, Komplott, Intrigen, politische Nebenbuhler und ›Schufte‹, und das alles gewürzt mit der größten Spionagegeschichte der Bundesrepublik« [Wolfrum, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 416]. Vgl. zu diesem »Drama« immer noch grundlegend: Baring/Görtemaker, *Machtwechsel*, S. 722-762; darauf aufbauend: Jäger/Link, *Die Ära Brandt*, S. 117 ff.; die Krise, die zum Rücktritt Brandts führte, luzide und kenntnisreich auf dem letzten Stand der Forschungen nachzeichnend: Merseburger, *Willy Brandt*, S. 657-738; ferner: Rupps, *Troika wider Willen*, S. 213-226; Wolfrum, *Bundesrepublik Deutschland*, S. 416-422; Wagner, *Kanzlerwechsel in Bonn*. Den Stellenwert Herbert Wehners (über)betonend: Leugers-Scherzberg, *Herbert Wehner und der Rücktritt Willy Brandts*.
- <sup>17</sup> Rebutisch, *Gipfeldiplomatie*, S. 315.

sollte. Wie so oft in der Geschichte spielte nämlich der Faktor Persönlichkeit eine maßgebliche Rolle dafür, dass es nicht bei der Idee zu einer engeren Zusammenarbeit der Industriestaaten blieb, sondern dass daraus Realität wurde.<sup>18</sup>

Anknüpfend an seine bereits früher gemachten Grundüberlegungen zur Weltwirtschaft<sup>19</sup>, fand Schmidt in Giscard einen Partner in seinem Bestreben, eine Überwindung der weltwirtschaftlichen Verwerfungen durch eine an dem Maßstab der Stabilität orientierte internationale Zusammenarbeit zu erreichen. In Bonn blickte man mit Sorge auf die infolge der Ölpreiskrise gestiegenen Inflationsraten in beiden Ländern<sup>20</sup> und eine gefährliche Tendenz zum Protektionismus in Europa<sup>21</sup>, bedrohten beide Entwicklungen doch das auf Preisstabilität und freiem Handel basierende Wirtschaftssystem der Bundesrepublik. Die Furcht, Frankreich könne einen ähnlichen Weg wie Italien einschlagen, war aber unbegründet.<sup>22</sup> Der neue Staatspräsident jedenfalls betrachtete die Gefahren einer weiter steigenden Geldentwertung für die französische Volkswirtschaft sehr ähnlich wie die deutsche Seite und war bereit, sein politisches Gewicht auch gegen Stimmen in seiner eigenen Regierung zur Bekämpfung der Inflation einzusetzen. Und so stellten Schmidt und Giscard bereits bei ihrem ersten, kurzfristig arrangierten Zusammentreffen nach ihrer Wahl<sup>23</sup> die Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften in den Vordergrund der Überlegungen: »Stabilität sei das Hauptziel. Man müsse gemeinsame Stabilitätsprogramme entwickeln.«<sup>24</sup> Einer Absichtserklärung, der man schon bald Taten folgen ließ. So ergriff der französische Präsident bereits in seinen ersten Wochen im Amt Maßnahmen zur Rückführung der Inflationsrate.<sup>25</sup>

18 Vgl. Garavaglia, From Rambouillet to Williamsburg, S. 2.

19 Siehe oben, S. 106-110.

20 Wobei sich die Bundesrepublik hier in einer vergleichsweise komfortablen Position befand, als andere europäische Länder. Im März 1974 verzeichnete man hier eine Inflationsrate von 7,2 Prozent, während Frankreich 12,2 Prozent und Großbritannien 13,5 Prozent Preissteigerung zu verzeichnen hatten [OECD-Statistik, abgedruckt in: *New York Times* vom 31. Mai 1974].

21 So hatten Dänemark und Italien Import-Einfuhrbeschränkungen auf eine Vielzahl von Produkten und Agrargütern aufgelegt [vgl. Simonian, *Privileged Partnership*, S. 248].

22 Vgl. ebenda: »Bonn's principal concern was to prevent any French emulation of the Italian example, which would have both added respectability to the practise and severely affected German trade«.

23 Vgl. dazu die Vermerke des deutschen Botschafters in Paris, Freiherr von Braun, an Bundesaußenminister Genscher vom 4. Juni 1974, in: AAPD 1974, Dok. 157, S. 663-670. Vgl. ferner dazu: Schmidt, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, S. 168-171 sowie Giscard d'Estaing, *Macht und Leben*, S. 112 f.

24 AAPD 1974, Dok. 157, S. 666. Vor dem Deutschen Bundestag präzierte Helmut Schmidt am 6. Juni 1974: Es sei »im Augenblick besonders bedeutsam, daß die französische Regierung der internen Stabilitätspolitik eindeutige und klare Priorität gibt. Sie ist wie wir der Ansicht, daß handelspolitischer Protektionismus keinen Ausweg bieten kann aus einer schwierigen Zahlungsbilanzsituation. [...] Die deutsche und die französische Wirtschaftspolitik liegen also auf demselben, an dem Ziel der Geldwertstabilität orientierten Kurs. Ich nehme an, daß dies durch konkrete französische Maßnahmen in der allernächsten Zeit noch etwas deutlicher werden wird« [Verhandlungen Bundestag, Bd. 88 (1974), S. 7118].

25 Vgl. Simonian, *Privileged Partnership*, S. 249.

Nur wenige Wochen später, bei den deutsch-französischen Konsultationen am 8. und 9. Juli 1974 in Bonn formulierten Giscard und Schmidt dann sogar den Leitgedanken eines »Parallelismus« der wirtschaftlichen Entwicklung in Frankreich und der Bundesrepublik als gemeinsame Zielsetzung<sup>26</sup>, was schließlich im Februar 1977 – als ein Zeichen ihrer wachsenden »identity of views« – in der Institutionalisierung regelmäßiger vierteljährlicher bilateraler Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister mündete.<sup>27</sup> Enge deutsch-französische Beziehungen waren für Helmut Schmidt mehr als ein Selbstzweck, vielmehr sah er in Frankreich den wichtigsten Partner in seiner Absicht, zu einer internationalen Stabilitätspolitik zu kommen. Wie er am 9. Juli 1974 im Beisein des französischen Staatspräsidenten und der wichtigsten Minister beider Länder ausführte, war er der festen Überzeugung, »daß sich niemand in der Welt zu ökonomischer Vernunft bequemen wird, wenn nicht Frankreich und Deutschland ein Beispiel an ökonomischer Stabilitätspolitik geben«<sup>28</sup>.

<sup>26</sup> Vgl. Erklärung Valéry Giscard d'Estaings gegenüber Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Schlussbesprechung der deutsch-französischen Konsultationen: »Das erste ist der Parallelismus unserer Bekämpfung der Inflation. Sie haben gegenüber uns einen gewissen Vorsprung. Ich würdige dies. [...] Wir sind entschlossen, in bezug auf unsere eigene Stabilitätspolitik sehr weit zu gehen. Die Mitglieder unserer Regierung sind vielleicht nicht davon überzeugt, weil sie gewohnt sind, mit einer gewissen französischen complaisance in bezug auf die Inflation zu denken. Aber die Aktion der Regierung ist eine sehr entschlossene Aktion, die in sehr energischer Weise geführt werden wird und sehr weit führen wird, um zu einem Typ von Stabilität zu führen, der mit Ihrer Stabilität vergleichbar ist« [AAPD 1974, Dok. 205, S. 899-917, hier: S. 915 f.]. Ferner die Erklärung von Bundeskanzler Schmidt vor der Presse am 9. Juli 1974, in: Kimmel/Jardin, Deutsch-französische Beziehungen, S. 199: »Der französische Staatspräsident und seine Minister haben uns sorgfältig unterrichtet über die Anti-Inflationspolitik, die in Frankreich eingeleitet worden ist. Wir sind davon sehr befriedigt, weil wir den sicheren Eindruck haben, daß diese jetzt in Frankreich eingeleitete Politik für eine zunehmende Parallelität der ökonomischen Entwicklung zwischen unseren beiden Ländern sorgen wird. Wir sind beide der Meinung, daß die Parallelität und die enge Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern eine unabdingbare Voraussetzung für die weitere Entwicklung Europas ist.«

<sup>27</sup> Vgl. Simonian, *Privileged Partnership*, S. 251; ferner: Presseerklärung von Staatspräsident Giscard d'Estaing vor der Presse am 4. Februar 1977, in: Kimmel/Jardin, Deutsch-französischen Beziehungen, S. 209. Dem vorausgegangen waren eine Reihe weiterer bilateraler Treffen, bei denen man stetig neue Maßnahmen zur Angleichung der deutsch-französischen Wirtschaftsverläufe beschlossen hatte. Vgl. Fernsehklärung von Staatspräsident Giscard d'Estaing anlässlich der 25. deutsch-französischen Konsultationen in Paris am 3./4. Februar 1975, in: ebenda, S. 202 f. Bei den deutsch-französischen Konsultationen vom 25./26. Juli 1975 in Bonn beschlossen Giscard und Schmidt, eine Harmonisierung der beiderseitigen Konjunkturverläufe durch ein bilateral eng aufeinander bezogenes Konjunkturprogramm zu forcieren. Sie bezeichneten es als ein wünschenswertes Ziel, diese Harmonisierung auf alle europäischen Partner auszudehnen, die sich in »einer vergleichbaren wirtschafts- und währungspolitischen Lage befinden« [Giscard d'Estaing im Anschluss an die deutsch-französischen Konsultationen in Bonn (26. Juli 1975), zit. nach Baums, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 297].

<sup>28</sup> Stenographisches Protokoll der abschließenden Plenarsitzung im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 9. Juli 1974 in Bonn, abgedruckt in: AAPD 1974, Dok. 205, S. 899-917, hier: S. 917.

In diesem Sinne versuchten Giscard d'Estaing und Schmidt sehr schnell nach ihrem Amtsantritt, neben dem bilateralen Gleichklang im wirtschafts- und währungs-politischen Bereich auch auf europäischer und internationaler Ebene ihre Vorstellungen durchzusetzen, wobei ihnen »die Kombination von fachlicher Autorität, verfassungsmäßigem Mandat und persönlichem Vertrauen«<sup>29</sup> half. Geprägt von ihren Erfahrungen, die sie als Gründungsmitglieder der Library Group gesammelt hatten, gedachten sie zunächst auf europäischer Ebene ein Forum zu schaffen, das eine verstärkte Kooperation und damit eine Umsetzung der von ihnen verfolgten politischen Ziele erst möglich machen sollte. Ein erster wichtiger Schritt zu einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit wurde am 9. und 10. Dezember 1974 in Paris getan, als es dem deutsch-französischen Tandem gelang, die europäischen Partner davon zu überzeugen, mit dem Europäischen Rat ein Führungsgremium der Gemeinschaft zu institutionalisieren.<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Rebentisch, Gipfeldiplomatie, S. 315 f.; so auch: Menil/Solomon, Weltwirtschaftsgipfel, S. 10.

<sup>30</sup> Wie aus einer Idee Giscard schließlich die Institutionalisierung des Europäischen Rates – zunächst – außerhalb des bisherigen Institutionengefüges der Europäischen Gemeinschaft entstand, kann an dieser Stelle nicht nachgezeichnet werden. Festzuhalten ist aber, dies belegen die nunmehr einsehbaren Quellenbestände aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, dass es im Vorfeld der Entscheidung zur Schaffung des »Europäischen Rates« durchaus unterschiedliche Vorstellungen in Paris und Bonn gab. Giscard hatte bereits bei den deutsch-französischen Konsultationen Anfang Juli 1974 in Bonn für den Herbst eine »Initiative« angekündigt, »um zur politischen Organisation Europas beizutragen« [Erklärung von Staatspräsident Giscard d'Estaing vor der Presse am 9. Juli 1974, in: Kimmel/Jardin, Deutsch-französischen Beziehungen, S. 200]. Die deutsche Delegation hatte auf diese Ankündigung sehr zurückhaltend reagiert, war man sich doch nicht sicher, ob der französische Staatspräsident über den innenpolitischen Rückhalt verfügte, einen derartigen weit reichenden europapolitischen Schritt nach vorne zu unternehmen [vgl. Vermerk Ministerialdirigent Fischer betr. »Deutsch-französische Konsultationen am 8./9. Juli 1974 in Bonn«, abgedruckt in: AAPD 1974, Dok. 206, S. 918-919, hier: S. 918]. Außerdem war sich Schmidt nicht sicher, ob Giscard »die Möglichkeiten einer schnelleren politischen Entscheidung der Gemeinschaft einstweilen nicht überschätze«, wie er dem italienischen Ministerpräsidenten Mariano Rumor bei einem Gespräch unter vier Augen in Bellagio am 31. August 1974 anvertraute [Dolmetscheraufzeichnung über ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem italienischen Ministerpräsidenten Mariano Rumor am 31. August 1974 in Bellagio, in: ebenda, Dok. 247, S. 1068-1078, hier: S. 1070]. Schmidt schwebte zunächst einmal – ganz im Stile der Library Group – ein ganz formloses Treffen der Staats- und Regierungschefs vor, weshalb er Giscard in Bonn folgenden Zwischenschritt vorgeschlagen hatte: »Dieser möge die Regierungschefs er EG-Staaten [...] zu einem langen privaten Abendessen ohne Beamte – nur mit Dolmetschern – einladen.« Letztlich setzte sich Giscard aber durch und man einigte sich auf Grundzüge zur Ausgestaltung eines regelmäßigen Zusammentreffens der Staats- und Regierungschefs, die – einer Anregung Schmidts zufolge – bei einem informellen Abendessen den anderen Partnern in der EG vorgestellt werden sollte [ebenda]. Dass sich hierbei die zwischen Frankreich und der Bundesrepublik abgestimmte Linie durchsetzen sollte, war auch darin begründet, dass der Integrationscharakter des Europäischen Rates bewusst offen gelassen wurde. Indem man gezielt nicht von einer intergouvernementalen Institution sprach, sondern den Europäischen Rat in die Tradition sowohl der Römischen Verträge als auch der EPZ-Vereinbarungen stellte, war es gelungen, auch die kleineren Mitgliedstaaten, die ein Aufleben des alten Direktoriumsgedankens befürchteten und daher

In einem »gentlemen's agreement« außerhalb der Verträge verabredeten die Staats- und Regierungschefs der EWG, sich dreimal jährlich zu treffen, weil »die internen Probleme, die sich Europa von außen stellen, als Ganzes gesehen« es erforderlich erscheinen ließen, »die Tätigkeiten der Gemeinschaften und die Arbeiten der politischen Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und ihren Gesamtzusammenhang zu gewährleisten«<sup>31</sup>. Dies entsprach ganz den persönlichen Vorstellungen Schmidts und Giscard's von Politikgestaltung: In offener, vertraulicher Aussprache, ohne große Begleitdelegationen und ohne das Zwangskorsett einer zuvor festgelegten Tagesordnung sollte ein pragmatischer Führungsstil praktiziert werden.<sup>32</sup> Ähnliches suchten sie nun auch auf globaler Ebene einzurichten.

Gleichwohl gab es auch hier hinter der grundlegenden Zielsetzung durchaus unterschiedliche Vorstellungen in der Vorgehensweise zwischen Paris und Bonn. Sowohl der deutsche Bundeskanzler als auch der französische Staatspräsident suchten nach einem Forum zur verstärkten internationalen Zusammenarbeit im ökonomischen Bereich. Schmidt allerdings, der nunmehr die Initiative übernahm, hatte durchaus auch die Kehrseiten eines übereilten Vorgehens im Auge und gedachte, diese möglichst zu minimieren. Deshalb wollte er zunächst enge Vertraute der Regierungschefs zusammenführen, die keine »Beamte oder Beauftragte ihrer Regierung« waren und insofern »die Regierungen auch nicht binden« konnten.<sup>33</sup> Diese sollten die allgemeine weltwirtschaftliche Lage sondieren und über gemeinsame Lösungen debattieren, bevor sich die Staats- und Regierungschefs mit den weltwirtschaftlichen Problemlagen befassten. Dahinter verbarg sich die Grundüberzeugung, dass ein Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs zu konkreten Ergebnissen führen müsse. Die Einberufung eines Kreises von persönlichen Beauftragten hatte in seinen Augen insofern den Vorteil, dass,

---

für eine supranationale Lösung plädierten, zur Zustimmung zu bewegen [vgl. hierzu einführend: Brunn, Europäische Einigung, S. 200 ff., hier: S. 202]. Zur Entstehungsgeschichte und ersten Entwicklungsphase des Europäischen Rates vgl. die nach wie vor grundlegende Dissertation von Wolfgang Wessels [Ders., Der Europäische Rat], gelang es in dieser Studie doch bereits zeitnah, die wesentlichen veröffentlichten und damit zugänglichen Quellen zusammenzustellen und mit Hilfe von Zeitzeugeninterviews zu einer konzisen Darstellung zu verdichten. Die Studie ist – sicher auch aufgrund der schwierigen Quellenlage – der Leuchtturm zur Institutionalisierung des Europäischen Rates, jenes für die europäische Integrationsgeschichte nicht unwesentlichen Ereignisses, geblieben.

31 Kommuniké zur Institutionalisierung des Europäischen Rates, zit. nach: Wessels, Der Europäische Rat, S. 399 ff., hier: S. 399.

32 Gerhard Brunn drückt das noch drastischer aus: »Helmut Schmidt machte keinen Hehl aus seiner Überzeugung, einzelne Männer könnten die Welt zum Besseren bewegen und würden dabei durch kollektive, auf einen mühseligen Konsensfindungsprozess verpflichtete Gremienstrukturen nur behindert« [Brunn, Europäische Einigung, S. 199].

33 Dolmetscheraufzeichnung über ein Gespräch unter vier Augen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem italienischen Ministerpräsidenten Mariano Rumor am 31. August 1974 im Grand Hotel Serbelloni in Bellagio (Italien), in: AAPD 1974, Dok. 247, S. 1068-1078, hier: S. 1070.

»komme man in dem einen oder anderen Punkt zu keiner Einigung [...], dies der Öffentlichkeit unbekannt [bleibe]« und »kein Schaden daraus entstehen« könne.<sup>34</sup>

An diese Überlegungen anknüpfend, schlug Schmidt in einem Brief vom 23. Dezember 1974 dem amerikanischen Präsidenten Gerald Ford<sup>35</sup>, kurze Zeit später auch dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing<sup>36</sup> und dem britischen Premierminister Harold Wilson<sup>37</sup> vor, für die zweite Januarhälfte 1975 eine Konferenz privater Sachverständiger einzuberufen. Ihre Aufgabe sollte es sein,

»alle die großen Probleme zu diskutieren, die für die Weltwirtschaft nach der Explosion der Ölpreise entstanden sind, und Lösungsvorschläge auszutauschen, die durchaus nicht einvernehmlich gefunden werden müssen, sondern Alternativen aufzeigen können«<sup>38</sup>.

Der amerikanische Präsident ging auf Schmidts Vorschlag ein und ließ ihm bereits am 26. Dezember ein Antwortschreiben zuleiten, in dem er als seinen »unofficial« representative« den vormaligen Finanzminister George Shultz benannte.<sup>39</sup> Es spricht vieles dafür, dass er damit einem Vorschlag Schmidts folgte, der Shultz zuvor bei seiner Begegnung mit Ford Anfang Dezember 1974 empfohlen hatte, da dieser zu den Begründern der »Library Group« gehörte und ein enges Vertrauensverhältnis sowohl zum deutschen Bundeskanzler als auch zum französischen Staatspräsidenten unterhielt.<sup>40</sup>

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Vgl. Schreiben von Bundeskanzler Helmut Schmidt an den amerikanischen Präsidenten Gerald Ford vom 23. Dezember 1974, in: AAPD 1974, Dok. 382, S. 1675 ff., hier: S. 1676. Diese Initiative, die er ausdrücklich als seine »private Initiative [...], nicht als eine Sache der Bundesregierung« verstanden wissen wollte, ging auf einen über den iranischen Wirtschaftsminister Ansari geführten Meinungsaustausch zwischen dem Bundeskanzler und dem Schah des Irans zurück [vgl. ebenda, S. 1676 f.]. Vgl. anders: Kissinger, Jahre der Erneuerung, S. 554. Kissinger schreibt die Initiative zur Gründung eines informellen Kreises privater unabhängiger Sachverständiger – nunmehr durch die Quellenlage klar widerlegt – den USA und Frankreich zu.

<sup>36</sup> Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, in: PA, B 150 (1974), VS-Bd. 8848. Giscard hatte Schmidt allerdings bereits am 13. Dezember 1974 in einem Telefongespräch über seine Idee zur Einberufung einer informellen Sachverständigenkonferenz informiert und darin ausdrücklich an die Arbeiten der »First Library Group« erinnert [vgl. Vermerk Leonberger betr. Telefongespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 13. Dezember 1974, in: AdsD, Depositem Schmidt, Mappe 6586].

<sup>37</sup> Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den britischen Premierminister Wilson, in: PA, B 150 (1974), VS-Bd. 8848 (403).

<sup>38</sup> Vgl. Schreiben von Bundeskanzler Helmut Schmidt an den amerikanischen Präsidenten Gerald Ford vom 23. Dezember 1974, in: AAPD 1974, Dok. 382, S. 1676.

<sup>39</sup> Botschafter von Staden übermittelte am 26. Dezember 1974 das Antwortschreiben des amerikanischen Präsidenten [vgl. Drahtbericht Nr. 3780, in: PA, B 150 (1974), VS-Bd. 8848].

<sup>40</sup> Schmidt hatte am 5. Dezember 1974 bei einem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Ford und seinem Außenminister Kissinger im Zusammenhang mit seinem Bericht über »sein Ver-

Valéry Giscard d'Estaing benannte den späteren Premierminister und vormaligen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Professor Raymond Barre.<sup>41</sup> Harold Wilson schickte Sir Eric Roll, einen ehemaligen beamteten Staatssekretär des britischen Wirtschaftsministeriums, und für Japan nahm Hideo Suzuki teil, der aus dem japanischen Finanzministerium ausgeschieden und in die freie Wirtschaft gewechselt war.<sup>42</sup> Schmidt selbst schließlich entsandte als seinen Vertreter Wilfried Guth, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank.

Schmidts Idee, zunächst einen Kreis persönlicher Vertrauter die weltwirtschaftliche Gesamtsituation diskutieren und nach Möglichkeit Interessenübereinstimmungen ausloten zu lassen, bevor sich die Staats- und Regierungschefs selbst einschalteten, ging auf. Bereits auf ihrem ersten Treffen, das am 2./3. Februar in Kronberg im Taunus stattfand<sup>43</sup>, trug die Grundsatzdiskussion über die Konsequenzen der Ölpreiskrise erste Früchte. In der vor allem zwischen Paris und Washington umstrittenen Frage<sup>44</sup>, welche Haltung die Industriestaaten im Umgang mit den Erdöl produzierenden Staaten einnehmen sollten, schienen sich erste Annäherungen der Standpunkte zu ergeben. Und dies war nicht ohne Bedeutung, stand doch eine auf Anregung des französischen Staatspräsidenten einberufene Konferenz Erdöl verbrauchender und erzeugender Länder (KIWZ) unmittelbar bevor.<sup>45</sup> Dass es hierzu kam, hatte freilich maßgeblich mit einem vorausgegangenem Kurswechsel der französischen Regierung zu tun. Giscard hatte die konfrontative Strategie seines Vorgängers Pompidou zu Gunsten einer

---

trauensverhältnis zu Präsident Giscard d'Estaing« erwähnt, dass »der frühere Finanzminister Shultz eine Persönlichkeit sei, die besonders gut für private Vermittlungsaufträge eingesetzt werden könnte« [Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington vom 5. Dezember 1974, in: AAPD 1974, Dok. 354, S. 1572-1578, hier: S. 1573; vgl. hierzu ferner auch Fords äußerst positive Darstellung dieses Treffens: Ders., *A Time To Heal*, S. 220 f.]

41 Vgl. Fernschreiben Botschaft Paris betr. Rohübersetzung des Antwortschreibens von Giscard d'Estaing auf den Brief des Herrn Bundeskanzlers vom 3. Januar 1975, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6586.

42 Vgl. Aufzeichnung Telefongespräch von Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing vom 4. März 1975, in: AAPD 1975, Dok. 41, S. 215 f., hier: S. 215, Anm. 5.

43 Vgl. ebenda. Die von Putnam/Bayne gemachte Feststellung, wonach ein derartiges Treffen bereits Ende 1974 stattgefunden habe [vgl. Dies., *Weltwirtschaftsgipfel im Wandel*, S. 21], muss daher als widerlegt angesehen werden.

44 Vgl. dazu oben, S. 64-69.

45 Am 24. Oktober 1974 hatte Valéry Giscard d'Estaing vorgeschlagen, eine Konferenz einzuberufen, »um die Energieprobleme, mit denen zahlreiche Aspekte der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen verbunden sind, zu prüfen« [vgl. Schreiben des französischen Staatspräsidenten an den amtierenden Präsidenten des Rates der Gemeinschaften zur Frage der Prüfung der Energieprobleme vom 28. Februar 1974, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6586; ferner: Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, Valéry Giscard d'Estaing am 24. Oktober 1974, in: *Europa Archiv* 29,2 (1974), D 560-568].

letztlich erfolgreicheren pragmatischeren konsensorientierten Linie aufgegeben und damit den Konflikt mit den USA in Fragen der Energiepolitik entschärft.<sup>46</sup>

Befriedigt schrieb der Initiator des Treffens, Bundeskanzler Helmut Schmidt, an den amerikanischen Präsidenten, »daß die fünf Herren in allen wesentlichen Punkten übereingestimmt« hätten. Auf dieser Grundlage könnten die Industrieländer »in dem bevorstehenden Dialog mit den ölproduzierenden Ländern eine gemeinsame Position einnehmen«<sup>47</sup>. Schmidt sollte Recht behalten. In der vom 7. bis 15. April 1975 stattfindenden Vorkonferenz zur KIWZ hatten sich die zuvor oft zerstrittenen Industriestaaten erstmals nicht uneinheitlich gezeigt und waren abgestimmt aufgetreten:

»Die Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft, insbesondere auch die deutsch-französische Kooperation, sowie zwischen der EG, den USA und Japan war eng und auch dann konstruktiv, wenn unterschiedliche Auffassungen in einzelnen Sachfragen vorlagen; [...] die Haltung der Industriestaaten in der Konferenz blieb jedoch stets einheitlich«.

Dies war angesichts der heftigen Kontroversen zwischen Frankreich und den USA, die noch die Washingtoner Energiekonferenz geprägt hatten, ein wichtiger Schritt nach

<sup>46</sup> Vgl. zur Energiepolitik Giscard: Simonian, *Privileged Partnership*, S. 255: »The energy sector was one of the foremost areas of change in French policy from Pompidou to Giscard. Under the new President, France moved away from its earlier confrontational strategy to considerably more accommodating line. [...] This contrasted with the more ideologically-based aim of distancing Europe from a seemingly hegemonic United States that had guided Pompidou's closing month.« Dies bedeutete gleichwohl nicht, dass alle inhaltlichen Unterschiede aufgegeben waren: »Giscard did not announce any sudden reversal of his predecessor's boycott of the Energy Co-ordinating Group established at the Washington conference, nor did he suggest any relaxation of Pompidou's emphasis on a united European approach to energy question. But it was obvious that a substantial change of tone had come about in bilateral discussions, with a much less rigid French stance and a greater willingness to consider subjects which might previously have been regarded as taboo« [ebenda, S. 256].

<sup>47</sup> Brief Bundeskanzler Schmidt an den amerikanischen Präsidenten Ford vom 14. Februar 1975, in: PA, B 150 (1975), VS-Bd. 523 (014). Entsprechende Schreiben gingen am selben Tag dem französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und dem britischen Premierminister Wilson zu [vgl. ebenda]. US-Präsident Ford antwortete mit Schreiben vom 3. März 1975 und bezeichnete das Treffen in Kronburg ebenfalls als großen Erfolg, den es fortzusetzen gelte: »I share the satisfaction you expressed in your recent letter concerning the progress made in the meeting of experts in Kronberg. Substantial agreement among the participants was reached on the major issues which face us in this area, and these private discussions are a vital element in our efforts to achieve substantial consumer solidarity before any multilateral meeting with the oil producing countries« [Fernschreiben von US-Präsident Gerald Ford an Bundeskanzler Helmut Schmidt (+ Antwortschreiben) betr. Expertengespräche in Kronburg vom 3. März 1975, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6579]. Die Zustimmung Giscard und Wilsons erfolgten am folgenden Tage [vgl. Vermerk Leonberger über Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Giscard d'Estaing am 4. März, 20.30 Uhr, betr. Konferenz zwischen Erdölproduzenten- und Erdölverbraucherländern, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6586].

vorne, auch wenn es der Konferenz nicht gelang, »die weitgehenden und grundsätzlichen Unterschiede in den Auffassungen der Öl- und Entwicklungsländer einerseits sowie der Industriestaaten andererseits zu überwinden«, wie in der Gesamtbewertung des deutschen Botschafters Robert an das Auswärtige Amt festgehalten wurde.<sup>48</sup>

Schmidt fühlte sich in seiner Auffassung von der Nützlichkeit der Treffen privater Sachverständiger bestätigt und teilte bereits am 21. April 1975 Giscard d'Estaing, Ford und Wilson mit, er sei nach dem zweiten erfolgreichen Treffen der unabhängigen Sachverständigen am 22./23. März 1975 in New York »noch mehr als zuvor in der Überzeugung bestärkt, daß derartige Treffen nützliche Beiträge für den Entscheidungsprozeß der Regierungen liefern können«<sup>49</sup>. Ein nächster Schritt, den Diskussionsprozess über weltwirtschaftliche Fragestellungen nunmehr auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs zu verlagern, schien möglich. Die Chance, seine Idee in einem größeren multilateralen Rahmen zu erläutern, bot sich am Rande eines NATO-Gipfeltreffens, zu dem Ende Mai 1975 die wichtigsten Staats- und Regierungschefs der industrialisierten Welt in die belgische Hauptstadt gereist waren.<sup>50</sup>

In seinem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Ford wie in seiner vor den versammelten NATO-Partnern gehaltenen Rede, machte Schmidt keinen Hehl daraus, dass er die bisherigen internationalen Anstrengungen zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise für unzureichend halte, zumal man es mit einer für die Staatengemeinschaft völlig neuen Lage zu tun habe: »Im Gegensatz zu den 30er Jahren gebe es heute Inflation und parallel dazu ein Absinken der Produktion. Dies sei eine ganz neue Lage. [...] Dazu komme die Explosion der Ölpreise und das freie Schweben der

<sup>48</sup> Aufzeichnung Botschafter Roberts betr. Vorkonferenz KIWZ vom 7. bis 15. April 1975 in Paris, in: AAPD 1975, Dok. 87, S. 404-407, hier: S. 404 f. Vgl. auch ähnlich: Kruse, KIWZ, S. 148. Damit hatte sich die von den USA betriebene Politik einer engen Abstimmung und klaren Positionierung der Industriestaaten durchgesetzt. US-Präsident Ford hatte in seinem Treffen mit dem französischen Präsidenten vom 14. bis zum 16. Dezember 1974 auf Martinique darauf hingewiesen, welche fatale Folge eine Uneinigkeit zwischen den Industriestaaten haben könnte: »[...] wir müssen in dieses Treffen mit einer Position und einem Programm der Verbraucher [der Erdöl-Verbraucher-Länder] gehen. Solidarität der Verbraucher in inhaltlichen Punkten ist dafür unerlässlich. Wir brauchen ein hohes Maß an Geschlossenheit, bevor wir uns mit den Produzenten an einen Tisch setzen. Sonst picken diese sich einige unserer Freunde einzeln heraus. [...] Wir brauchen kein Dokument, aber ein Verbraucherbewußtsein, das uns im Angesicht der gut organisierten Produzenten Stärke verleiht.« Und mit Blick auf die Konferenz in Paris ergänzte Kissinger befriedigt: »Das Stocken der Gespräche bewies, daß unsere Strategie zur Isolierung der OPEC Früchte trug« [US-Präsident Ford bei seinem Treffen mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing auf Martinique im Dezember 1974, hier zitiert nach: Kissinger, Jahre der Erneuerung, S. 553 und S. 557].

<sup>49</sup> Schreiben von Bundeskanzler Helmut Schmidt an US-Präsident Ford und Premierminister Wilson bzgl. Frage der privaten Treffen von Sachverständigen für Erdöl- und Finanzierungsfragen vom 21. April 1975, in: AdSD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6579; ferner: Brief Helmut Schmidts an Valéry Giscard d'Estaing vom 21. April 1975 betr. Frage der privaten Treffen von Sachverständigen für Erdöl- und Finanzierungsfragen, in: ebenda, Mappe 6586.

<sup>50</sup> Vgl. zum Konferenzverlauf und zu den Ergebnissen: Ehrhardt, Lektionen vom NATO-Gipfel.

Wechselkurse.«<sup>51</sup> Umso wichtiger sei eine »konzentrierte Stabilitätspolitik der Verbündeten« als »Voraussetzung für soziale und politische Stabilität«<sup>52</sup>. Für Schmidt stellte die Weltwirtschaftskrise folglich mehr dar als eine rein ökonomische Herausforderung, derer sich die Wirtschafts- und Finanzminister und ihre Beamten anzunehmen hätten. Er sah in ihr viel grundsätzlicher eine weltpolitische Gefährdung, da sich »Sicherheitspolitik, Währungs- und Wirtschaftspolitik [...] gegenseitig bedingen«<sup>53</sup>. Die ökonomischen Herausforderungen der Zeit besaßen in seinen Augen eine doppelte sicherheitspolitische Komponente:

»Nicht nur berühren die Einschränkungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit das Ausmaß, in dem die Mitgliedstaaten ihre Bündnisverpflichtungen erfüllen können, sondern auch – und wichtig vor allem – zieht wirtschaftliche Instabilität soziale Spannung und politische Instabilität nach sich.«<sup>54</sup>

Schmidt forderte seine Kollegen in einem Vier-Punkte-Programm dazu auf, erstens in der Kreditpolitik für einen Abbau der »langfristigen Zinssätze« einzutreten, seien doch gerade diese für weitergehende Investitionen entscheidend; zweitens müsse Einvernehmen darüber existieren, dass »nationale Restriktionen des Welthandels und ein Wiederaufleben des Protektionismus« verhindert werden müssten; drittens bleibe auch weiterhin eine »Zügelung der Kostenerhöhung« sowie eine »Mäßigung der Lohnforderungen« erforderlich, um den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, die Erträge zu erwirtschaften, die für eine »Finanzierung realer Investitionen« erforderlich seien. Und viertens sei »auch bei unterschiedlichen Interessen eine gemeinsame Haltung gegenüber den erdölproduzierenden Staaten und den Entwicklungsländern anzustreben«.<sup>55</sup> Er beendete seine Rede mit dem Appell an seine Zuhörer, endlich zu einer verstärkteren Zusammenarbeit der wichtigsten Industrienationen zu kommen. Einen Ausspruch Präsident Trumans paraphrasierend, schloss er mit den Worten:

51 Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Ford in Brüssel, in: AAPD 1975, Dok. 138, S. 627-632, hier: S. 628. Er schloss dabei an Gespräche an, die er am 5. und 6. Dezember 1974 mit Ford in Washington geführt hatte [vgl. dazu AAPD 1974, Dok. 355, S. 1579-1583 und AAPD 1974, Dok. 356, S. 1584-1587]. Vgl. zum Gespräch Schmidts mit Ford ferner auch: Schmidt, Menschen und Mächte, S. 202-206; ferner, allerdings nur notizartig: Ford, A Time To Heal, S. 288.

52 Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem NATO-Treffen in Brüssel am 30. Mai 1975 betr. weltwirtschaftliche Lage, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6650. Die Rede des Bundeskanzlers wurde auch abgedruckt in: *Europa Archiv* 30,2 (1975), D 397-400. Schmidt hatte zuvor namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Industrie, Gewerkschaften und dem Bankgewerbe um Anregungen für den ökonomischen Part der Rede gebeten.

53 So der deutsche Botschafter bei der NATO, Franz Krapf, in seiner Bewertung der NATO-Ratstagung in Brüssel vom 9. Juni 1974, in: PA, B 150 (1975), VS-Bd. 9924.

54 Rede Schmidt auf dem NATO-Treffen in Brüssel am 30. Mai 1975, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6650.

55 Ebenda.

»Keiner von uns kann wirtschaftlichen Wohlstand allein erreichen.«<sup>56</sup> Nur eine konzertierte Aktion der wichtigsten Industrieländer, flankiert von einer sinnvollen langfristigen Gestaltung ihres Verhältnisses zu den Öl- und Rohstofflieferländern, so sein Credo, könne die westliche Welt sicher durch die weltwirtschaftlichen Verwerfungen führen und damit auch ihre Sicherheit gewährleisten. Schmidt hatte mit seiner Verknüpfung von traditionell sicherheitspolitischen Überlegungen und außenwirtschaftlichen Elementen auch einem neuen Sicherheitsbegriff das Wort geredet, der Sicherheit in einem viel umfassenderen Sinne<sup>57</sup> verstand, als dies bis dato üblich war, und insofern auch eine Beschäftigung der Staats- und Regierungschefs mit den Fragen der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig machte.

Dass man im Rahmen der Konferenz mehrfach darüber debattierte, ob es nicht sinnvoll sei, in Zukunft regelmäßige NATO-Gipfeltreffen im Kreise der Staats- und Regierungschefs durchzuführen, belegte eindrucksvoll, dass auch die anderen NATO-Partner der Idee einer konzertierten Aktion positiv gegenüberstanden. So stieß der Vorschlag des kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau, von nun an jährliche Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs vorzusehen, allenthalben auf Zustimmung.<sup>58</sup> Lediglich Frankreichs Außenminister Sauvagnargues, der seinen Staatspräsidenten vertrat<sup>59</sup>, legte einen Vorbehalt ein und wies darauf hin, dass er zu dieser Frage keine Instruktion seiner Regierung habe, was im Hinblick auf Giscard nur kurze Zeit später öffentlich lancierte Initiative zur Einberufung eines Weltwirtschaftsgipfels geradezu verwunderte, denn entweder Giscard hatte seinen Außenminister noch nicht über seine Idee zur Einberufung eines Weltwirtschaftsgipfels informiert oder die Idee hatte sich bei ihm noch nicht entwickelt.

Helmut Schmidt jedenfalls machte die Reaktion Sauvagnargues bei einem Telefongespräch mit Giscard d'Estaing im Anschluss an den Gipfel zum Thema. Trudeau, so ließ Schmidt Giscard wissen, habe an »sehr informelle Zusammenkünfte, etwa wie der Europäische Rat, gedacht. Ford habe auf diesen Gedanken positiv reagiert. Er (der

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> Reinhard Rode hat, gestützt auf die wichtigsten Forschungsmeinungen zu Beginn der 1970er-Jahre, diesen neuen, erweiterten Sicherheitsbegriff, wie folgt definiert: »Er umfaßt die überkommenen Inhalte ebenso wie die Aufrechterhaltung wirtschaftlichen Wachstums, sozialer Stabilität und ausreichender Rohstoffversorgung. [...] Neben Rüstung werden damit Handel und Energieversorgung für die Außenpolitik sicherheitsrelevant« [Rode, US-Handelspolitik in der Ära Nixon/Ford, S. 346; ferner: Schultze, *The Economic Content of National Security Policy*; Nye, *Kollektive wirtschaftliche Sicherheit*].

<sup>58</sup> Vgl. Runderlass des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pfeffer vom 1. Juni 1975 betr. NATO-Gipfeltreffen in Brüssel vom 29. bis 30. Mai 1975, in: AAPD 1975, Dok. 143, S. 649-661, hier: S. 660.

<sup>59</sup> Alle Mitgliedstaaten waren bei der Tagung auf höchster politischer Ebene vertreten. Nur der französische Staatspräsident ließ sich im Rat durch seinen Außenminister vertreten und reiste lediglich zu einer Begegnung mit dem amerikanischen Präsidenten und zum gemeinsamen Abendessen auf Einladung des belgischen Königs Baudouin I. nach Brüssel.

Bundeskanzler) halte diesen Vorschlag für nützlich und der Prüfung wert.« Giscard d'Estaing reagierte viel zurückhaltender, wollte aber »den Gedanken Trudeaus nicht von vorneherein ablehnen«, böte dies doch die Möglichkeit, »daß bei solchen Treffen im Falle von Meinungsverschiedenheiten auch ein Einfluß der Europäer auf befreundete Nationen außerhalb Europas ausgeübt werden könne«<sup>60</sup>. Dies war eine sehr euphemistische Beschreibung, die in ihrer Unbestimmtheit aber darauf hindeutete, dass sich der französische Staatspräsident über die Idee eines Gipfeltreffens noch kein Bild gemacht hatte.<sup>61</sup> Dies geschah, obwohl er selbst nur einen Monat später in einem Interview mit James Reston von der *International Herald Tribune* die Idee einer Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industriestaaten lancieren sollte. In dem Interview kritisierte er – in der Argumentation ganz den bisherigen Ausführungen Helmut Schmidts folgend –, dass es angesichts der schwierigen ökonomischen Situation an einem ernsthaften Gesprächsforum »unter den großen kapitalistischen Regierungschefs« mangle, um über die politischen Konsequenzen zu beraten.<sup>62</sup> Wenig später präziserte er seine Idee und schlug eine währungspolitische »Gipfelkonferenz im Rahmen einer erweiterten Fünfergruppe« vor. Seiner Auffassung nach sei das Weltwährungsproblem bisher lediglich unter währungspolitischen Aspekten von den zuständigen Fachleuten behandelt worden. Die politische Seite des Problems komme zu kurz. Außerdem habe er den Eindruck gewonnen, dass die USA versucht sein könnten, ihre wirtschafts- und währungspolitischen Selbsthilfe- und Selbstheilungsmittel einseitig zu bewerten, ohne dabei die Auswirkungen auf die übrigen großen Industrieländer und damit für die gesamte Weltwirtschaft zur berücksichtigen. Ein zwangloses Gipfelgespräch solle dem vorbeugen.<sup>63</sup>

<sup>60</sup> Vermerk über ein Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Giscard am 3. Juni 1975, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 6586.

<sup>61</sup> Vgl. Hellmann, Weltwirtschaftsgipfel wozu?, S. 12; ferner: Putnam/Bayne, Weltwirtschaftsgipfel im Wandel, S. 21. Hellmann berichtet, dass Giscard d'Estaing dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 28. Mai 1975 seinen Plan vorgetragen habe, die großen Fünf zu einer Währungskonferenz in die französische Hauptstadt einladen zu wollen. Dieser habe Giscard's Initiative dann seinem Präsidenten vorgetragen. Dagegen spricht, dass dies weder auf einem bilateralen Gespräch von Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher mit Präsident Ford und Außenminister Kissinger [vgl. AAPD 1975, Dok. 138] noch im Rahmen der NATO-Tagung [vgl. AAPD 1975, Dok. 138] wenigstens ansatzweise thematisiert wurde. Zudem berichtete Außenminister Kissinger dem Bundeskanzler am 11. Juli 1975, dass er am vorherigen Tag von Giscard über seine Idee informiert wurde [vgl. Vermerk über ein Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister in Hamburg am 24. Juli 1975, in: AAPD 1975, Dok. 220, S. 1014-1021, hier insbesondere S. 1019].

<sup>62</sup> Reston, A Chat with Giscard, in: *International Herald Tribune* vom 16. Juni 1975; hier in deutscher Übersetzung zitiert nach: Putnam/Bayne, Weltwirtschaftsgipfel im Wandel, S. 20.

<sup>63</sup> Vgl. *Le Monde* bzw. *Financial Times* vom 9. Juli 1975; ferner auch den Bericht vom deutschen Botschafter in Paris, Freiherr von Braun vom 10. Juli 1975, in: PA, B 150 (1975), Drahtbericht Nr. 2329, Referat 412, Bd. 105679.

## 1.2 Der Initiator

Die Frage, wer der eigentliche Initiator der Weltwirtschaftsgipfel war, muss in Anbetracht der zuvor geschilderten Chronologie in einem neuen Licht betrachtet werden.<sup>64</sup> Richtig ist, dass Giscard es war, der die Idee öffentlich lancierte. Viel entscheidender ist aber, dass sich diese Initiative in den Kontext einfügte, den Bundeskanzler Schmidt mit den von ihm initiierten Gesprächen der persönlichen Vertrauten und seinen Ausführungen bei der NATO-Tagung in Brüssel gelegt hatte. Insofern spricht vieles dafür, dass Giscard seine Initiative in enger Abstimmung mit, wenn nicht gar auf Anregung von Helmut Schmidt tat.

Dass Schmidt gezielt Valéry Giscard den Vortritt ließ, war allerdings mehr als bloße Rücksichtnahme auf das sprichwörtliche französische Prestigebedürfnis, das ohne Zweifel auch bei Giscard ausgeprägt war.<sup>65</sup> Es entsprang vielmehr einer nüchternen Analyse der besonderen Rolle der Bundesrepublik in ihrer spezifisch historischen Verantwortung. Im streng geheimen Marbella-Papier, das im Winterurlaub 1976/1977 entstand und zu den wichtigsten Dokumenten seiner Kanzlerschaft gehört, nahm Schmidt hierzu ungeschützt und daher authentisch Stellung.<sup>66</sup> Die Bundesrepublik sei aufgrund ihrer relativen ökonomischen Stärke und »wegen des ökonomischen Zurückbleibens Italiens, Englands, aber auch anderer Staaten (darunter Frankreich) [...] in den Augen der Welt de facto wirtschaftlich zur zweiten Weltmacht des Westens aufgestiegen«<sup>67</sup>. Um der durch diese Entwicklung bei den europäischen Partnern ausgelösten Sorge ent-

<sup>64</sup> Von Rainer Hellmann wurde Valéry Giscard d'Estaing als »der Initiator« bezeichnet [Ders., Weltwirtschaftsgipfel wozu?, S. 12]. Treffender dagegen haben Robert D. Putnam und Nicholas Bayne die Entstehung der Weltwirtschaftsgipfel erfasst: »Wie so oft hatten Präsident Giscard und Bundeskanzler Schmidt ihre Vorstellungen ganz eng aufeinander abgestimmt. Giscard übernahm in der Regel die Initiative« [Dies., Weltwirtschaftsgipfel im Wandel, S. 21; in diesem Sinne auch: Menil/Solomon, Weltwirtschaftsgipfel, S. 20].

<sup>65</sup> So stellte Giscard im Juli 1976 bei den deutsch-französischen Konsultationen in Schmidts Heimatstadt Hamburg mit Blick auf das ökonomische Kräfteverhältnis den Anspruch Frankreichs unmissverständlich klar, »daß Frankreich den natürlichen und legitimen Ehrgeiz hat, in der europäischen Organisation mit einem der Bundesrepublik Deutschland vergleichbaren Gewicht dazustehen. Natürlich soll dies in friedlicher Weise geschehen, unter Achtung der Regeln und Prinzipien unserer Gemeinschaft, aber unter Herausstellung der jeweiligen Kapazitäten unserer Völker« [Tischrede von Staatspräsident Giscard d'Estaing am 6. Juli 1976, abgedruckt in: Kimmel/Jardin, Deutsch-französische Beziehungen, S. 206 f., hier: S. 207].

<sup>66</sup> Vgl. »Marbella/Brahmsee-Papier«, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappen 9302 und 6567. Zur Bedeutung dieses Dokuments und seiner wissenschaftlichen Rezeption oben, S. 9, Anm. 12.

<sup>67</sup> Schon 1969 hatte Helmut Schmidt die Rolle der Bundesrepublik im Weltwirtschaftssystem als Weltmacht umschrieben: »Auf dem Felde des internationalen Handels und der Weltwirtschaft ist die Bundesrepublik eine Weltmacht« [Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, S. 236]. Vgl. zur gestiegenen Bedeutung der Ökonomie als Charakteristikum in der internationalen Staatenwelt die Studie von Rosecrance, Der neue Handelsstaat.